Anti-Diskriminierbüro protestiert gegen Zensur seiner polizeikritischen Ausstellung in Wuppertal

Beigesteuert von Anti-Diskriminierungsbüro Berlin e.V.
Freitag, 11. Januar 2008
Letzte Aktualisierung Freitag, 11. Januar 2008

Vorgestern (8. Januar 2007) wurde die Ausstellung „Vom Polizeigriff zum Übergriff“ vom Netzwerk „Bürger beobachten die Polizei“ in Wuppertal eröffnet. Bereits einen Tag später ließ der Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) in Absprache mit dem Sozialdezernenten Stefan Kuhn (SPD) die Ausstellung im Barmer Haus der Jugend abhängen.

Die Ausstellung dokumentiert Übergriffe durch Polizisten gegen Migrant_innen und Demonstrant_innen. Außerdem wird Polizeigewalt als strukturelles Problem sowie als Repressionsinstrument gegen Migrant_innen und soziale Bewegungen diskutiert. Dabei wird ein Schwerpunkt auf rassistisch motivierte Polizeigewalt und ihre institutionellen Rahmenbedingungen gelegt.

Der Wuppertaler Oberbürgermeister Herr Jung erklärt, die Ausstellung würde die Arbeit und das Ansehen von Polizeibeamten verunglimpfen und diffamieren. Marcus Blöhm vom Anti-Diskriminierungsbüro (ADB) Berlin erklärt hierzu: „Nicht die Thematisierung der Polizeigewalt schadet dem Ansehen der Polizeibeamten, sonder die Übergriffe durch Polizisten sowie die Verhinderung einer Verfolgung der polizeilichen Gewalttäter durch Kollegen und Justiz.“ Der Wunsch des Oberbürgermeisters, dass Polizeigewalt nicht in öffentlichen Räumen thematisiert wird, lässt auf ein merkwürdiges Demokratieverständnis seinerseits schließen. Wir fordern die Stadt Wuppertal auf, diese Zensurmaßnahme unverzüglich zurückzunehmen.

Wir freuen uns, dass sich das Netzwerk „Bürger beobachten die Polizei“ durch das Verhalten des Oberbürgermeisters nicht einschüchtern lässt, sondern die Ausstellung und die Veranstaltungsreihe weiterhin durchführen will und bereits einen neuen Raum gefunden hat.

Mit freundlichen Grüßen
der Vorstand des Anti-Diskriminierungsbüro (ADB) Berlin e.V.

Weitere Informationen zur Ausstellung finden Sie auf der Webseite www.polizeigriff.org.

Zu den Vorgängen in Wuppertal finden Sie Informationen auf der Webseite des Netzwerks Bürger beobachten die Polizei Wuppertal. Dort finden Sie auch eine Presseerklärung der Veranstalter_innen der zensierten Ausstellung.